

AUFGEBRACHTER TRUMP GIFTET IN RICHTUNG PJÖNGJANG UND GEGEN DIE EIGENE PARTEI

US-Präsident Donald Trump sorgte für Aufsehen nachdem er diese Woche Nordkorea infolge der Raketenstarts mit »Feuer und Zorn« drohte. Führende republikanische Abgeordnete distanzieren sich von Trump und versuchten die Wogen zu glätten. John McCain nutzte die Gelegenheit, um Trumps Kompetenz in Frage zu stellen. Erst wenige Tage zuvor hatte Außenminister Rex Tillerson sich in einer Botschaft an Nordkorea gerichtet und betont, dass die USA nicht der Feind des Landes sein wolle.

Zwischen Trump und der republikanischen Partei klaffen jedoch nicht nur Gräben bei der Nordkorea-Strategie, sondern auch

bei internen Themen. Er griff Senatsmehrheitsführer Mitch McConnell an, da dieser unfähig sei, die Agenda der Republikaner glaubwürdig umzusetzen. Speziell geht es um die Durchsetzung der Gesundheitsreform. Insider gehen davon aus, dass Trump nicht mit McCConnells Arbeit unzufrieden sei, sondern nachtragend wegen eines Kommentars sei, in dem der Senatsmehrheitsführer auf die fehlende politische Erfahrung des US-Präsidenten hinwies.

An eine Kündigung McCConnells glauben die meisten Republikaner wohl nicht – der Senator aus Kentucky ist seit über drei Jahrzehnten in der Politik und genießt ein hohes Ansehen.

SCHULZ FORDERT QUOTE FÜR ELEKTROAUTOS

SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz fordert eine Quote für Elektroautos. Nicht nur infolge des Diesel-Skandals und erhöhter Stickstoffwerte, sondern mit Hinblick auf die Zukunft der Fahrzeugindustrie pocht der Sozialdemokrat für eine Quotierung.

Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries unterstützt die Idee, da in den vergangenen Monaten der Verkauf von Elektroautos in Schwung kam. In den ersten sechs Monaten des Jahres wuchs der Verkauf bei Elektroautos und Hybriden um 114 Prozent.

BUNTES AUS BERLIN

NACHRUF AUF MARTIN ROTH



Foto: Biswarp Ganguly (CC BY 3.0)
Text: Jenny Bogitzky

Zuletzt sorgte Martin Roth mit seinem Engagement auf der Biennale in Venedig für den Pavillon aus Aserbaidschan für Aufregung. Mit einem autokratischen Regime sollte man nicht arbeiten, hieß es. Roth rechtfertigte sich, es ginge ihm nicht um eine Kooperation mit den Herrschern der Diktatur, für ihn stünde die Zusammenarbeit mit langjährigen künstlerischen Partnern aus Aserbaidschan im Vordergrund. Ihnen eine Stimme zu geben und somit die Zivilgesellschaft zu stärken sei das Ziel. Bei der Präsentation in Venedig war er bereits von seiner Erkrankung gezeichnet.

Roth promovierte über die Geschichte der Weltausstellungen, ein Thema, das ihn in seinem Arbeitsleben begleitete. Nach seiner Zeit als Direktor des Deutschen Hygiene Museums in Dresden leitete Roth 2000 den Themenpark der Expo Hannover. Im Anschluss war er 2001 bis 2011 Generaldirektor der Staatlichen Kunstsammlungen

Dresden. Ihm haben wir es zu verdanken, dass während der Jahrhundertflut 2002 wertvolle Gemälde und Skulpturen geistesgegenwärtig gerettet wurden. Es waren seine Ideen, die bis 2011 die Dresdener Museumslandschaft wieder so attraktiv machte.

Kulturmanager wurde er genannt und das verkörperte er wie wenige andere in seinem Gewerbe: er vertraute seinen Mitarbeitern und gängelte sie nicht, er beschaffte Gelder für Ausstellungen, erinnerte daran, wie wichtig das Forschen für die Museen sei und das auch wieder junges Publikum in die Häuser kommen müsste. Roth organisierte vor allem im Victoria & Albert Museum in London zeitgenössische Präsentationen über David Bowie und den verstorbenen Modedesigner Alexander McQueen. Die Ausstellungen waren riesige Erfolge. Unter seiner Ägide gewann das V&A den Titel »britisches Museum des Jahres«. Das als Deutschem. Noch nie war das V&A von einem Ausländer geführt worden und dann von Roth fünf sehr erfolgreiche Jahre. Gegangen ist er wohl auch als Statement gegen den Brexit. Seine Vorstellungen von Kunst, Kultur und Politik waren eben nicht nationalstisch sondern grenzüberschreitend.

Er wolle wieder mehr im Politischen agieren verlaubte er im vergangenen Herbst. Noch in diesem Jahr wollte er sein Amt als Präsident des Instituts für Auslandsbeziehungen antreten, aber es war ihm nicht vergönnt. Am Sonntag ist Martin Roth verstorben. Die Realisation seiner Ideen und Arbeit aber wird bleiben.



INSIDER

RÜCKTRITT VON DEL PONTE – RÜCKSCHLAG FÜR GERECHTIGKEIT IN SYRIEN



Von Omid Nouripour, MdB, Sprecher für Außenpolitik, Bündnis 90/Die Grünen

Carla del Pontes Rücktritt ist ein bitterer Rückschritt für Gerechtigkeit in Syrien. Bei Strafverfolgung und Gerechtigkeit herrscht im Sicherheitsrat dieselbe Blockade wie bei den Bemühungen um eine gemeinsame politische Lösung. Das ist eine Schande und muss von der Bun-

desregierung gegenüber Blockierern wie Russland in aller Deutlichkeit benannt werden.

Die Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen leidet durch dieses hilflose Nichtstun enorm. Dennoch bleiben die Vereinten Nationen der legitimste Rahmen für internationales Handeln und wir müssen alles daran setzen, dass diese Legitimität und Glaubwürdigkeit in Syrien nicht verloren gehen. Frau Del Pontes Rücktritt und ihre Enttäuschung zeigen, dass wir bereits gefährlich nah dran sind.

Angesichts der Blockaden in den Vereinten Nationen müssen auch die nationalstaatlichen Möglichkeiten genutzt werden, um in Syrien begangenen Verbrechen nachzugehen, damit Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht ungesühnt bleiben. Die Bundesregierung ist hier gefordert entsprechende Möglichkeiten für Strafverfolgung zu stärken.

KOMMENTAR

»DOBRINDT DER GRÖSSTE VERSAGER IN DER BUNDESREGIERUNG«

Von Heino Wiese

Dass Dobrindt die Hälfte seiner Amtszeit für die bescheuerte und ineffektive PKW-Maut verwendet hat, werfe ich ihm nicht einmal vor. Das war eine Vorgabe seines Parteivorsitzenden Seehofer und stand auch in den Koalitionsvereinbarungen. Was für ein schwacher Minister er ist, konnten wir aber auch bei der Diesel-Affäre sehen. Dass im Bereich der Schadstoff-Grenzwerte schon immer gemogelt wurde, war im Ministerium seit langem bekannt. Dass eine Betrugs-Software benutzt wurde, die eine hohe kriminelle Energie erforderte, war dem Minister zumindest seit einem Jahr bekannt. Trotzdem sind die Ergebnisse des sogenannten Dieselpipfels zutiefst unbefriedigend, zumal sich der VW-Chef Müller hinterher produzieren durfte und jegliche Verantwortung des Managements abwälzen wollte. Herr Zetsche stand dieser arroganten Grundhaltung der deutschen Autoindustrie in nichts nach. Was aber das Entscheidende war, es war keine Strategie des Ministers in seinem Handeln erkennbar. Gottseidank hat sich die Kanzlerin nicht zu einer »Dieselwende« verstiegen, sonst wäre das Chaos nach Flüchtlings- und Energieverde perfekt. Aber wohin soll sich die Verkehrspolitik denn weiter entwickeln?

Die E-Mobility ist längst nicht so weit, dass sie den Dieselmotor ersetzen könnte. Weder ist die Frage der Batterien geklärt, noch die Entsorgung der verbrauchten Batterien. Jeder Garageninhaber könnte zwar eine Lademöglichkeit für sein Auto schaffen, aber was ist mit den Bewohnern von Etagenwohnungen, deren Auto auf der Straße parken? Wie sollen hinreichend Ladevorrichtungen an Autobahnen geschaffen werden? Wie kann die Energieversorgung dieser E-Tankstellen gesichert werden? Alles Fragen, die nicht beantwortet sind und sobald wohl auch nicht beantwortet werden. Aber andere Fragen sind ebenso wenig beantwortet. Wie wollen wir mit der Flut der Kleintransporter von Zalando und Amazon umgehen, die mit Ihren Dieselmotoren die Innenstädte zunehmen bevölkern. Diese Unternehmen, die aufgrund von Trickserei nicht einmal Steuern in unserm Land zahlen, machen ihren Profit in unseren Straßen. Jetzt will sogar Herr Rossmann mit Amazon arbeiten und der Lieferwagen wird wegen einer Tube Zahnpasta innerhalb von einer Stunde den Kunden anfahren. Wie soll es weitergehen mit dem LKW-Verkehr auf der Autobahn? Die rechte Spur der A2 ist von Berlin bis Hannover eine einzige Schlange von (überwiegend polnischen) LKW und jede Woche werden es mehr. Und wie kann es sein, dass Rentnerinnen und Studenten die Bahnfahrkarte zu teuer ist und sie mit dem Flixx-Bus fahren.

Alles Fragen, die das Überdenken unserer Verkehrspolitik mehr als notwendig machen. Keine Partei hat dafür zur Zeit die richtigen Antworten. Am allerwenigsten der zuständige Herr Dobrindt!

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-Id.Nr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Jenny Bogitzky, Alice Gerschlow
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. – Versand- u. Büro-service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Jenny Bogitzky, Wiese Consult
erschient seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de

UMSTRITTENES GOOGLE-MANIFEST SCHLÄGT WELLEN IN DER TECH-BRANCHE

Ein zehnteitiges »Manifest« des Google-Entwicklers James Damore schlug hohe Wellen in der Tech-Branche. Damore erklärte darin im Detail seine Sicht auf die Welt, die vor allem Frauen als ungeeignet für die Tech-Branche betrachtet. Sie seien biologisch bedingt nicht gut darin, sich auf Ideen einzulassen, stattdessen aber auf Gefühle und Emotionen. Der Software-Entwickler plädierte dafür, Diversity-Maßnahmen einzustellen, weil sie fähige Männer diskriminieren würden.

Google hat seinen Mitarbeiter mittlerweile entlassen, jedoch hinterlässt das Manifest

in vielerlei Hinsicht einen Beigeschmack. Zum einen wächst in den USA das Unbehagen mit der Förderung von Frauen und Minderheiten und nun befürchtet man, dass eine schweigende Mehrheit die von Damore vorgestellte Meinung unterstützt.

Zum anderen gibt es tatsächlich ein Problem mit der Rekrutierung von Frauen in IT-Jobs. Bis zur Mitte der 1980er stieg der Anteil der Studentinnen in Informationstechnologien auf bis zu 35 Prozent, seitdem sinkt er jedoch. Start-Up-Gründerinnen sind auch nach wie vor in der Tech-Branche die Seltenheit.

THYSSEN-KRUPP: STAHLGESCHÄFT WÄCHST

Der Konzern Thyssen-Krupp möchte sich langfristig von seiner Stahlsparte trennen und auf Technologien und Branchen setzen, die nicht so sensibel auf die weltweiten Krisen reagieren. Allerdings ist der Betriebsgewinn von 40 Prozent des vergangenen Quartals gerade auf die Stahlindustrie zurückzuführen.

Höhere Preise und eine weltweit gestiegene Nachfrage haben das Stahlgeschäft wieder angekurbelt. Für Thyssen-Krupp handelt es sich dabei jedoch um ein unzu-

verlässiges Geschäft, das auch für Unruhe bei den 27.000 Beschäftigten in dem Bereich sorgt. Thyssen-Krupp befindet sich weiterhin in Verhandlungen mit dem indischen Konzern Tata und ein Joint Venture – so die Befürchtung der Arbeitnehmer – könnte zu Stellenabbau führen.

Neben dem Stahlbau ragt in der Zwischenbilanz des Geschäftsjahres der Anlagenbau besonders heraus. Insgesamt hat Thyssen-Krupp ein Wachstum der Bestellungen von 16 Prozent verbucht.

BASF BEENDET VERKAUF DES PFLANZENSCHUTZMITTELS FIPRONIL

Verbraucher und Landwirtschaftsbetriebe zeigten sich besorgt nachdem bekannt wurde, dass Millionen von Eiern in Deutschland mit dem Gift Fipronil kontaminiert waren.

Geringe Mengen des Stoffs sind für gesunde Erwachsene zwar nicht schädlich, können bei Kindern, Kranken und alten Menschen zu Erbeben, Übelkeit und weiteren Komplikationen führen.

Der Chemiekonzern BASF hat infolge des Skandals mitgeteilt, das Fipronil nicht mehr als Pflanzenschutzmittel verkaufen

zu wollen. Zwar war Fipronil bisher nur eingeschränkt zugelassen, um die Honigbiene nicht zu gefährden, jedoch wird BASF den Giftstoff weiterhin als Biozid verkaufen, da die Lizenz von der EU bis 2023 läuft. Damit sollen primär Termiten und Kakerlaken bekämpft werden.

Die Geschäftsführung von BASF habe sich jedoch gegen den Verkauf für Saatgut entschieden. Die Zulassung für die Anwendung in diesem Bereich wird im September auslaufen und man würde keine Verlängerung anstreben.

PERSONALIEN

HOYER ALS PRÄSIDENT DER EUROPÄISCHEN INVESTITIONSBANK BESTÄTIGT

Werner Hoyer (65, FDP) ist am 27. Juli als Präsident der Europäischen Investitionsbank (EIB) bestätigt worden. Der Rat der Gouverneure der EIB, der aus den Wirtschafts- und Finanzministern der EU-Mitgliedstaaten besteht, hat seine Wiederbestellung bestätigt. Vom 1. Januar 2018 an wird er die Bank für eine zweite sechsjährige Amtszeit führen. Hoyer steht seit dem 1. Januar 2012 an der Spitze der Bank und ist auch Vorsitzender des Verwaltungsrats.

WEBER SPRICHT FÜR NORDRHEIN-WESTFÄLISCHES INNENMINISTERIUM

Gerrit Weber (42) ist seit dem 1. August neuer Pressesprecher und Leiter der Pressestelle des Ministeriums des Innern in Nordrhein-Westfalen. Der Volljurist, der für Minister Herbert Reul (CDU) spricht und auf Ludger Harmeier folgt, sammelte erste politische Erfahrungen im Abgeordnetenbüro des damaligen Bundesministers Jürgen Rüttgers im Deutschen Bundestag.

SCHWEDEK LEITET VERBANDSKOMMUNIKATION BEIM VDFU

Janek Schwedek (32) ist seit dem 17. Juli Leiter des Bereichs Marketing und Verbandskommunikation beim Verband Deutscher Freizeitparks und Freizeitunternehmen (VDFU) in Berlin. Damit fallen alle Anliegen der internen und externen Kommunikation in seinen Zuständigkeitsbereich. Er folgt auf Janine Engel und berichtet an den Geschäftsführer Ulrich Müller-Oltay. Schwedek kommt vom Flughafen Berlin Brandenburg, wo er als Projektmanager tätig war.

UMWELTMINISTERIN: KLIMAWANDEL BLEIBT EINE UNBEQUEME WAHRHEIT

Diese Woche lief die Vorpremiere zum Film »Immer noch eine unbequeme Wahrheit – unsere Zeit läuft« des ehemaligen US-Vizepräsidenten und Filmemachers Al Gore. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks nutzte die Gelegenheit um mit Gore sowie dem Umweltaktivisten Hannes Jaenicke und WWF-Vorstand Eberhard Brandes über die Herausforderungen des Klimawandels zu sprechen. Gore pocht in seinem Film darauf, schnell zu handeln und vom Erdöl und anderen fossilen Brennstoffen wegzukommen. Hendricks erkennt die risikoreiche Entwicklung: »Seit 2014 haben wir drei Temperaturrekorde in Folge registriert – das gab es noch nie seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Seit den 1960er Jahren war jede Dekade wärmer als die vorherige. Und für das laufende Jahrzehnt deutet alles darauf hin, dass es wieder einen neuen Höchststand geben wird. Auch Deutschland muss sich auf die Konsequenzen des Klimawandels einstellen«, betonte sie.

WORTE DER WOCHE

»Mobilität wird künftig neu gedacht, die ganze Autobranche steht daher vor einem großen Umbruch, den sie mit Innovation meistern wird.«

Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

»Zur Mobilität der Zukunft gehört auch der moderne Dieselantrieb.«

Harald Krüger, BMW-Chef.

»Meine Befürchtung ist, dass die Automobilindustrie die Stahlbranche des nächsten Jahrzehnts sein könnte.«

FDP-Chef Christian Lindner.

»Der Vorstand muss nach Überzeugung des Betriebsrats jetzt in die Werke investieren.«

Bernd Osterloh, VW-Betriebsratschef, hat angesichts der sinkenden Auslastung ein neues Modell und Investitionen für die deutschen Montagewerke von Volkswagen gefordert.

»Da es auf lange Sicht keine Lösung wird, sollte dieser Konflikt eingefroren werden.«

Christian Lindner, FDP-Chef, bekräftigt seine Forderung, die russische Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim aus den Beziehungen zu Moskau zunächst auszuklammern.

»Die USA setzen die europäische Versorgungssicherheit aufs Spiel – und das nur, um eigene wirtschaftliche Interessen durchzusetzen und Arbeitsplätze auf amerikanischem Boden zu sichern.«

Klaus Schäfer, Uniper-Chef, wehrt sich gegen eine mögliche Behinderung des Gaspipeline-Projekts Nord Stream 2 durch die neuen US-Sanktionen gegen Russland.

»Wir haben die Bereitschaft unserer US-Kollegen gespürt, den Dialog fortzusetzen.«

Der russische Außenminister Sergej Lawrow über das Treffen mit seinem US-Amtskollegen Tillerson in Manila.

»Diese Art von Rhetorik, diese Schlagworte, diese aggressive Sprache kommen von einem demokratisch gewählten Präsidenten der sozusagen in der gleichen Manier antwortet, wie wir es bislang vom nordkoreanischen Führer gehört haben.«

Außenminister Sigmar Gabriel über die verbalen Entgleisungen des US-Präsidenten Trump.

TERMINE

15.8. BERLINER REDEN ZUR INTEGRATIONSPOLITIK MIT MARTIN SCHULZ

Diskussionsveranstaltung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) zum Thema »Paradigmen und Leitgedanken einer zukünftigen Integrationspolitik?«, unter anderem mit dem SPD-Parteivorsitzenden Martin Schulz, dem Präsidenten des DIW Berlin, Prof. Marcel Fratzscher und dem Direktor des BIM, Prof. Dr. Wolfgang Kaschuba. Auditorium Friedrichstraße, Friedrichstraße 180, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich).

15.8. EAB ZUR ROLLE DER UKRAINISCHEN FRAUENBEWEGUNG

Gesprächsveranstaltung der Europäischen Akademie Berlin (EAB) zum Thema »Perspektiven auf ukrainische Zivilgesellschaft: Die Rolle der ukrainischen Frauenbewegung heute« in der Reihe »Ukraine im Fokus«, unter anderem mit dem Projektleiter beim Deutsch-Russischen Austausch Tim Bohse, der Associate Fellow am Robert Bosch-Zentrum für Mittel- und Osteuropa, Russland und Zentralasien der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik war, Dr. Iryna Solonenko und der freien Journalistin Inga Pylypchuk Europäische Akademie Berlin, Bismarckallee 46/48, 14193 Berlin (Anmeldung erforderlich).

17.8. INSM ZU FORTSCHRITTEN IN DER BILDUNG

Pressekonferenz der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) zum Thema »INSM stellt Bildungsmonitor vor«, unter anderem mit Prof. Dr. Axel Plünnecke vom IW Köln und dem Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Hubertus Pellengahr Bundespressekonferenz, Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich).